

P R O T O K O L L

über die am Montag, dem 16. Dezember 2013, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Kurt Burghardt	SPÖ
Vzbgmst. Josef Daubeck	SPÖ

Die Stadträte:

Franz Csucker	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Walter Krichbaumer	FPÖ
Franz Weindl	FPÖ

Die Gemeinderäte:

Susanne Bayer	SPÖ
Margit Bergauer	SPÖ
Ulrike Cap	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Ing. Siegfried Junger	SPÖ
Manfred Luksith	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Elfriede Schönbauer	SPÖ
Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ

Wolfgang Halwachs	ÖVP
Anton Kopf	ÖVP
Claudia Pawlik MEd.	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Renate Stiglitz	ÖVP
Ing. Manfred Trost	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP

Gerhard Krammer	GRÜNE
Margot Linke	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Ortwin Fischer	FPÖ
Renate Franek	FPÖ

Christine Weindl

FPÖ

Alexander Stetina

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Der Bürgermeister Kurt Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 4. November 2013
2. Stellungnahme zu den Prüfberichten vom 29. Oktober 2013, 11. November 2013 und 9. Dezember 2013
3. Ankauf k5 – Finanzmanagement- und Kommunalmanagementsoftware
4. Fuhrparkmanagement
5. Beschneigungsanlage für Rodelberg, Volksschule und Kindergärten
6. Verordnung über die Festsetzung von Funktionsdienstposten

Berichterstatter: Vizebürgermeister Josef Daubeck

7. Straßenbau, ABA und WVA – 2014 bis 2016, Vergabe Arbeiten
8. Bahnstraße, Vitrine Nr. 2 – Genehmigung Mietvertrag
9. Beurkundung BEV gem. § 13 LiegTeilG, Pz.Nr. 1515/65 und 1515/80
10. Abtretungsvertrag Pz.Nr. 1509/13 und 1510/13

Berichterstatter: StR. Christian Worlicek

11. Voranschlag 2014
12. Darlehensaufnahme „Erweiterung Kläranlage“
13. Subventionen

Berichterstatter: StR. Walter Krichbaumer

14. Kindergarten MOBI und Kinderhaus – Abrechnung Bericht
15. Sozialkarte – Anhebung Begünstigung Essensbeitrag Hort und Kindergärten

Berichterstatter: StR. Christine Beck

16. Stadthalle – Erweiterung Tanzparkett
17. Erweiterung Friedhof - Architektenleistungen

Berichterstatter: StR. Franz Weindl

- 18. Aufhebung Aufschließungszone A14
- 19. Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderung

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

- 20. Personalangelegenheiten
- 21. Grundankauf Pz.Nr. 687
- 22. Subventionen

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. November 2013 während der Auflagefrist keine schriftlichen Einwendungen vorgebracht wurden. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass am 29. Oktober 2013 (Beilage 1) eine angesagte, am 11. November 2013 (Beilage 2) eine unangesagte und am 9. Dezember 2013 (Beilage 3) eine angesagte Prüfungsausschusssitzung stattgefunden hat. Gibt bekannt, dass die Stellungnahmen des Bürgermeisters und des Kassenverwalters dem Akt beiliegen. Der Bürgermeister verliest die Stellungnahmen des Bürgermeisters und Kassenverwalters einzeln.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 3: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass bei der Firma GEMDAT das Finanz- und Kommunalmanagement Software k5 laut Angebot vom 11.11.2013 angekauft wird.

Diese Software ersetzt das bisher in der Stadtverwaltung verwendete Buchhaltungsprogramm KIM, das seit 1996 im Betrieb ist und laut Herstellerangaben dessen Wartung in den nächsten Jahren eingestellt wird

Bei einer Bestellung bis 31.12.2013 wird ein Nachlass von 30 % auf den Lizenzpreis gewährt.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob man bei diesem neuen Programm auch wie eine „normale“ Firma, nämlich Doppik, buchen kann. Es wird mitgeteilt, dass dies möglich sein wird. Nach der derzeitigen Gesetzeslage müssen Gemeinden „kameral“ buchen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur doppischen Buchhaltung gibt es für Gemeinden nicht bzw. ist auch nicht erlaubt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kalensky, BA

Punkt 4: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Rahmenvereinbarung der UniCredit Leasing Fuhrparkmanagement GmbH, für die Verwaltung des Fuhrparks der Stadtgemeinde Gänserndorf, beschlossen werden soll.

Für diese Dauer lässt die UniCredit Leasing Fuhrparkmanagement GmbH die Verwaltungskosten pro Fahrzeug (€ 10,80 inkl. USt.) entfallen.

Diese Vereinbarung ist monatlich kündbar und ist nach dem Probejahr nicht verpflichtend.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass beim Angebot der Firma UniCredit Leasing Fuhrparkmanagement GmbH. beim Angebot die Nutzfahrzeuge nicht berücksichtigt wurden. Stellt daher die Frage, ob diese Fahrzeuge nicht ins Fuhrparkmanagement aufgenommen werden sollen. Die Firma Raiffeisen Leasing hat diese Fahrzeuge aufgenommen. Hierzu wird mitgeteilt, dass die Firma UniCredit Leasing Fuhrparkmanagement GmbH. die Nutzfahrzeuge verwalten würde. Die Kosten würden dann direkt von den Werkstätten mit der Gemeinde verrechnet.

Herr GR. Wolfgang Halwachs teilt mit, dass die ÖVP diesem Antrag zustimmen wird, weil der Vertrag vorerst nur für ein Jahr abgeschlossen werden soll.

Frau GR. Margot Linke stellt die Frage, wo die Kosten für das Fuhrparkmanagement veranschlagt sind. Herr Stadtrat Christian Worlicek teilt hierzu mit, dass die Kosten in den Instandhaltungskosten für Fahrzeuge berücksichtigt sind. Da hier im ersten Jahr die Reparaturen genau abgerechnet, somit offen, werden, kommt es für die Stadtgemeinde zu keiner Mehrbelastung.

Herr GR. Volker Weiss ist der Ansicht, dass die Nutzfahrzeuge ebenfalls in das Fuhrparkmanagement mit einbezogen werden sollten. Herr Stadtrat Franz Csucker teilt mit, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf sehr wohl weiß, welche Kosten für die einzelnen Fahrzeuge anfallen. Die Einführung eines Fuhrparkmanagements ist der erste Schritt zu einer Kostenrechnung. Herr GR. Volker Weiss stellt sich die Frage, ob die Stadtgemeinde Gänserndorf das dann auch tun wird.

Der Antrag wird mit 30 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 5: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass bei der Fa. Schubert Elektroanlagen aus Obergrafendorf aufgrund des Angebotes vom 4.12.2013 eine Beschneiungsanlage bestehend aus Schneilanze, Hochdruckreiniger und Kompressor zum Preis von € 3.000,-- + 20 % Ust. angekauft werden soll.

Es wurden keine weiteren Angebote eingeholt, weil es in dieser Größenklasse kaum Anbieter gibt.

Diese Ausgabe soll über Einsparungen bei der HH-Stelle 1/852-7289 (aufgrund einer Neuausschreibung fallen beim Sondermüll geringere Entsorgungskosten an) finanziert werden.

Frau GR. Margot Linke teilt mit, dass sie überrascht war, dass der Ankauf einer Beschneiungsanlage auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung genommen wurde. Es stellt sich die Frage, ob dieser Ankauf sinnvoll ist bzw. dafürsteht. Kriterien für eine Entscheidung sind sicher, wie lange diese Anlage im Jahr genutzt werden kann und wie lange der Schnee liegen bleibt. Ist der Ansicht, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf andere Probleme hat.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Meinung, dass es sich hier um eine „Schnellschussaktion“ handelt. Der Installierung ist sicher ein Spaßfaktor für die Schüler. Es stellt sich aber vor allem die Frage, wer sich um diese Beschneiungsanlage kümmern wird. Es sind sicher Vorarbeiten notwendig und die Beschneiung ist sicher von den Temperaturen abhängig. Ist weiters der Ansicht, dass er kontaktiert werden hätte sollen, weil die Bedeckung dieser Ausgaben über sein Ressort erfolgen soll. Der zuständige Bearbeiter hat ihm mitgeteilt, dass mit ihm über die Bedeckung gesprochen wird. Stellt außerdem die Frage, wer die Idee des Ankaufes gehabt hat.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt gibt bekannt, dass er die Idee des Ankaufes einer Beschneiungsanlage gehabt hat. Weiters wurde mit dem zuständigen Bearbeiter eine Haushaltsstelle gefunden, von wo eine Bedeckung für den Ankauf gegeben war. Es soll eine kostengünstige Anlage angekauft werden. Herr Stadtrat Rene Lobner hat in der Stadtratssitzung mitgeteilt, dass er eine Kontaktadresse betreffend einer Firma, welche Beschneiungsanlagen zur Verfügung stellt, bekannt geben wird. Bis heute ist dies nicht erfolgt. Gibt weiters bekannt, dass sich die Mitarbeiter des Bauhofes um die Beschneiungsanlage kümmern werden.

Herr Stadtrat Franz Weindl ist der Ansicht, dass die Beschneiungsanlage im Interesse der Kinder angekauft werden soll. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass das Geld sicher sinnvoller eingesetzt werden hätte können. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass mit dem Volksschuldirektor, Hrn. Gangl, diesbezüglich gesprochen wurde. Dieser war voll begeistert und hat die Idee für gut befunden.

Herr Stadtrat Rene Lobner teilt mit, dass er die Idee nicht für schlecht findet. Ist aber sicher nicht bis ins letzte ausgedacht und ist auch nicht ausgereift. Die ÖVP wird trotzdem dem Ankauf der Beschneiungsanlage zustimmen.

Herr GR. Volker Weiss ist der Meinung, dass hier sicher nicht auf die Energiekosten bzw. den Wasserverbrauch Rücksicht genommen wurde. Hier war eindeutig der „Fun-Faktor“ ausschlaggebend. Es sollte auf jeden Fall abgeklärt werden, wie es versicherungstechnisch aussieht.

Der Antrag wird mit 30 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 6: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nachstehende Verordnung über die Festsetzung von Funktionsdienstposten genehmigt werden soll:

Verordnung

Gemäß § 2 Abs. 4 der NÖ. Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO), LGBl. 2400, und § 11 Abs. 1 des NÖ. Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVVG). LGBl. 2420, wird der Funktionsdienstposten folgender Funktionsgruppe zugeordnet:

10. Dienstposten des Leiters Controlling Funktionsgruppe: VIII

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 7: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Bestbieterfirma Bauunternehmung Granit GesmbH. aus Graz mit den Straßenbauarbeiten, Arbeiten für die ABA und WVA für die Jahre 2014 bis 2016 aufgrund der Ausschreibung und des Vergabevorschlages der Kiener Consult Ziviltechniker GesmbH. (siehe Prüfbericht) zu den Bedingungen lt. Angebot vom 28.11.2013 zu Kosten von € 2.241.393,47 inkl. USt. beauftragt werden soll.

Mit der Planung, Bauleitung und Planungs- u. Baustellenkoordination soll für die Jahre 2014 u. 2015 wie bisher die Kiener Consult Ziviltechniker GesmbH. zu den Bedingungen lt. Anbot vom 3.12.2013 zu einem Honorar von € 99.548,66 inkl. USt. beauftragt werden.

Mit den erforderlichen Vermessungsarbeiten sollen die örtlichen Vermessungsbüros DI. Schweinhammer, DI. Brezovsky und DI. Trefoniuk (geopoint) beauftragt werden.

Die erforderlichen Straßenbauarbeiten für die Herstellung der Radbrücke inkl. Andienung sollen aber noch durch die Arge Strabag-TeeragAsdag zu den Bedingungen lt. den noch bestehenden Kontrahentenvertrag (läuft Ende 2013 aus) zu Kosten von € 124.963,49 inkl. USt. ausgeführt werden, da diese Arbeiten bereits durch die Arge begonnen und vorbereitet wurden.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass die Baufirma neben der Firma Fetter, welche in Gänserndorf angesiedelt ist, Arbeiter beschäftigt hat. Stellt sich die Frage, ob es zu einer Abwanderung dieser Firma kommt, wenn sie diesen Auftrag nicht bekommt. Im Gegenzug sollte mit der Firma, welche jetzt den Auftrag bekommen soll, bezüglich eines Standortes in Gänserndorf gesprochen werden.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass bei der Anbotsöffnung alle überrascht waren, dass nicht die ortsansässige Firma Bestbieter war. Herr GR. Volker Weiss ist der Ansicht, dass man die Differenz des günstigeren Preises zu einer eventuellen Steuerminderung gegenrechnen sollte.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass er mit dem Leiter der Bezirksstelle Gänserndorf dieser Firma vor kurzem ein Gespräch geführt hatte. Dabei wurde ihm mitgeteilt, dass es zwei Möglichkeiten für den Standort Gänserndorf gibt, nämlich Ausbau oder Absiedlung. Seitdem hat er nichts mehr gehört. Herr Stadtrat Rene Lobner findet es schade, dass die Ausschreibung so ausgefallen ist. Stellt die Frage, ob der Gemeindevertreterverband bezüglich der Möglichkeit der Auftragsvergabe an den Zweitbieter kontaktiert wurde. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass der Gemeindevertreterverband kontaktiert wurde und dass dieser mitgeteilt, dass der Bestbieter den Auftrag erhalten muss.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 8: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Mietvertrag, betreffend Vermietung der **Vitrine Nr. 1 (vor dem Congar-Markt links)** in der Bahnstraße mit der Frau

**Dagmar Heffermejer
Bockfließerstraße 103
2232 Deutsch-Wagram**

ab 1. Dezember 2013 genehmigt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 9: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Beurkundung betreffend Liegenschaftsteilung PZ 1515/65 und PZ 1515/80, Jasmingasse, Kaufvertrag Scharbl - Stadtgemeinde Gänserndorf) zu unterfertigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 10: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Vereinbarung betreffend der Straßengrundabtretung in der Korngasse (PZ 1509/13 und 1510/13) gem. der Vermessungsurkunde des Zivilgeometers DI Erich Brezovsky, GZ. 2640/13, beschlossen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 11: Herr Stadtrat Christian Worlicek trägt nachstehenden Bericht zum Voranschlag 2014 vor:

Geschätzte Damen und Herren!

Die Erstellung des Budgets 2014 war von stagnierenden Einnahmen aus Gemeindeabgaben, weiter steigenden laufenden Ausgaben wie z.B. den NÖKAS-Beiträgen und nur mäßig steigenden Einnahmen aus dem Finanzausgleich geprägt. Trotzdem konnte aber nicht nur ein ausgeglichenes Budget, sondern auch weiterhin Raum für neue Projekte geschaffen werden, auch wenn leider nicht alle Budget-Wünsche berücksichtigt werden konnten.

Unter Berücksichtigung dieser nicht einfachen Rahmenbedingungen ein Danke an die KollegInnen und Kollegen des Gemeinderates für ihre verantwortungsvolle Zusammenarbeit aber auch an die Verantwortlichen in der Verwaltung für die kompetente Zusammenstellung und Planung.

Ein paar Details zu den prognostizierten Fix-Einnahmen und –Ausgaben

• NÖKAS Zweckaufwand:	EUR 2.358.800,- / + EUR 113.300,- / + 5%
• Sozialhilfeumlage:	EUR 1.515.200,- / + EUR 75.900,- / +5%
• Jugendwohlfahrt	EUR 171.000,- / + EUR 10.000,- / +6.2%
• Berufsausbildung schulentlassener Jugendlicher	EUR 27.000,- / + EUR 27.000,- / +100%
• <u>Polytechnische Schulen</u>	<u>EUR 86.600,- / + EUR 43.200,- / + 99,5%</u>
GESAMT Fix-Mehrkosten (Auszug)	+ EUR 269.400,-
• Einnahmen aus Gemeindeabgaben	EUR 4.072.400,- / + EUR 57.000,- / +1.4%
• <u>Etragsanteile Bund</u>	<u>EUR 8.106.200,- / + EUR 345.000,- / +4,5%</u>
GESAMT Fix-Mehreinnahmen (Auszug)	+ EUR 402.500,-

Ein paar Worte zum Außerordentlichen Voranschlag

Der aktuelle Voranschlag 2014 sieht Investitionen in neue Projekte i.d.H. von EUR 8.296.700,- vor. Wir sind hier wieder nach unserer selbst auferlegten Regel - Kreditfinanzierung ausschließlich für Investitionen - vorgegangen und haben darüber hinaus in den letzten Jahren immer wieder auch Investprojekte aus der laufenden Gebarung bestritten.

Daraus folgt, dass den Darlehen/Investitionen immer auch Vermögenswerte gegenüberstehen und kein laufender Betrieb über Kredite finanziert wird.

Wenn man nun auch die sog. „Durchläufer“ berücksichtigt wie z.B. die Sanierung der Gemeindewohnhäuser, bei der die Kreditsumme von ca. EUR 2Mio auf die Stadt Gänserndorf entfällt, die Rückzahlung aber über die Mietzinse erfolgt, steht die Stadtgemeinde mit einem guten Rating da und bleibt damit auch weiterhin ein vertrauenswürdiger Kreditnehmer und erhält dadurch vom Geldmarkt äußerst attraktive Konditionen.

Investitionsschwerpunkte 2014

1. Straßenbauprogramm	EUR 850.000,-
Unter anderem die Sanierung Kino- und Ehartsteg	EUR 190.000,-
2. Erweiterung und Sanierung Öffentl. Beleuchtung	EUR 2.025.000,-
Fortsetzung der Erneuerung eines großen Teils der Straßenbeleuchtung aufgrund einer de facto Vorgabe der EU. Aber auch aus ökologischer Sicht sinnvoll. Auch wenn sich die	

Umstellungskosten langfristig durch Einsparungen bei den Energie- und Instandhaltungskosten beinahe selbst finanzieren, müssen wir trotzdem den Investbetrag als Darlehen vorfinanzieren.

- | | |
|--|------------------------|
| 3. Erweiterung Wasserversorgung/Kanalisation | EUR 2.214.000,- |
| 4. Friedhofserweiterung | EUR 400.000,- |
| 5. Sanierung Gemeindegäuser | EUR 1.574.100,- |
| Fortsetzung der Sanierungen. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass es sich hier um einen Durchläufer handelt, der jedoch voll in den Verschuldungsgrad mit einfließt. | |
| 6. Grundankäufe | EUR 440.600,- |
| 7. Grundankauf und Planung Kindergarten Stadt | EUR 750.000,- |
| Wir beginnen mit dem Ankauf eines Grundstückes und der Planung für 2015. | |
| 8. Planung Erweiterung Parkdeck, Erweiterung Bauhof. | |

Ordentlicher Voranschlag 2014

Die Ausgaben/Einnahmen werden mit EUR 21.6Mio. nur knapp über dem Niveau von 2012 liegen (+2%).

Schwerpunkte Ordentlicher VA

- | | |
|---|----------------------|
| 1. Stadtplanungs- und Verkehrskonzept | EUR 200.000,- |
| 2. Personentransporte (Stadtbus, AST, VOR) | EUR 100.000,- |
| Das Anrufsammeltaxi und der City-Bus werden weiter geführt. | |
| 3. Nachtstreife und Parkplatzüberwachung | EUR 101.000,- |
| 4. Instandhaltung Bücherei | EUR 30.500,- |
| 5. Erneuerung, Erweiterungen, Gestaltung Spielplätze | EUR 20.000,- |
| 6. Jugendarbeit | EUR 40.000,- |
| Enthält auch das Jugendcoaching-Paket, wie heuer geplant. Großer Teil für Jugendarbeit (Jugendzentrum resp. FREIRAUM) für diverse Projekte, unterstützt durch Streetworker, die unsere „Erwachsenen von morgen“ über viele Lebensbereiche informieren, beraten und aufklären. | |
| 7. Volksschule | EUR 45.700,- |
| 8. Kindergärten | EUR 67.300,- |
| Für Einrichtungen, Verbesserungen und Rahmensummen. | |
| 9. Soziales, Integration, Interkulturelles, Sozialcard | EUR 57.300,- |
| Inklusive Aktivitäten gezielt für Familien und Kinder und dem Ausflug der älteren Gänserndorfer. | |
| 10. Instandhaltungen und Erweiterungen Bad | EUR 108.000,- |
| 11. Instandhaltungen und Erweiterungen Stadthalle | EUR 81.000,- |
| 12. Umwelt- und Abfallwirtschaft | |
| Wald-Aufforstungen und weiterhin Mittel für die Waldpflege durch WUK und LOK Aufforstungen, Reparaturen, usw. | |
| | EUR 63.000,- |
| Umweltschutzausgaben | |
| | EUR 86.000,- |
| Für Tag der Sonne, Stromtankstellen, Photovoltaikanlagen. Ein Teil dieser Ausgaben bezahlt sich selbst aus den Einnahmen aus dem Stromverkauf Photovoltaik. | |
| Neuer Radlader Deponie (idealerweise aus Rücklage) | |
| | EUR 150.000,- |
| 13. Ausbau des digitalen Leitungskataster | EUR 56.000,- |
| 14. Förderungen und Subventionen | EUR 90.000,- |

Förderungen an Gänserndorf Sport- und Kulturvereine sowie wichtige Subventionen für Caritas, Hilfswerk und Volkshilfe sind in ähnlicher Höhe wie 2013 vorgesehen.

Abschließend möchte ich noch ganz klar sagen, dass die Stadtgemeinde aus finanzieller Sicht gut aufgestellt ist. Was auch kürzlich vom Land NÖ weitestgehend bestätigt wurde.

Daraus ergeben sich nun für die zwei Voranschläge folgende Summen:

Den Ordentlichen Voranschlag: Ausgaben und Einnahmen betragen EUR 21.626.400,-

Den Außerordentl. Voranschlag: Ausgaben und Einnahmen betragen EUR 8.296.700,-

Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2014 laut beiliegendem Haushaltsbeschluss, der mittelfristige Finanzplan und der Dienstpostenplan genehmigt werden soll.

Herr Stadtrat Franz Weindl gibt folgende Stellungnahme seitens der FPÖ Gänserndorf ab:

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion wird dem vorliegenden Budgetvoranschlag zustimmen – obwohl wir gerne mehr finanzielle Mittel für Straßen- und Gehsteigsanierung sowie für die Sanierung des Waldes vorgesehen hätten. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass die Budgetressourcen für das Arbeitsjahr 2014, aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, nur beschränkt vorhanden sind.

Es ist bereits allen politischen Mitbewerbern und der Bevölkerung bekannt, dass die von unserer Fraktion angeführten Verbesserungsvorschläge bezüglich des Voranschlags 2014 „alte Anliegen der FPÖ“ sind. Wir Freiheitliche nehmen aber auch zur Kenntnis, dass aufgrund der Budgetsituation – in den einzelnen Stadtratsressorts Prioritäten betreffend der Durchführung der einzelnen Vorhaben gesetzt werden müssen!

Aufgabe aller im Gemeinderat Verantwortlicher kann nur sein, wichtige Anliegen im Interesse der Bevölkerung durchzusetzen und Visionen hintanzustellen. In diesem Sinne wird die Freiheitliche Fraktion, wie eingangs bereits erwähnt, dem Budgetvoranschlag 2014 in der jetzt vorgetragenen Fassung zustimmen.

Herr GR. Gerhard Krammer gibt folgende Stellungnahme seitens der GRÜNEN Gänserndorf ab:

Manchmal hat man den Eindruck, man wäre immer wieder mit dem täglich grüßenden Murmeltier konfrontiert. Insbesondere dann, wenn es um das Budget geht, dass auch 2014 wieder die mut- und visionslose Fortsetzung der Versäumnisse vergangener Jahre ist.

Einzelne Bereiche möchte ich aber doch hervorheben:

Da wäre z.B. der Sozialbereich

Was hier im Sozialbereich auch für 2014 budgetiert wurde, ist nur als Schummelpackung ohne jeglicher sozialer Kompetenz zu bezeichnen. Budgetiert werden wieder 35.000,- Euro. Wenn man sich dann die tatsächlichen Ausgaben von 2013 ansieht, so scheinen gerade mal 806,- Euro auf. D.h., die soziale Trefferquote ist nahezu null und anstatt innerhalb der

rot/blauen Koalition über eine nachhaltigere Sozialpolitik nachzudenken, wird weitergewürschelt wie bisher. Denn, wenn es bis jetzt ca. 10 oder 12 oder seien es 15 Anträge für die Sozialcard gibt, kann man sich ausrechnen, dass es wieder nur ein plakatives Zahlenspiel mit einem Placeboeffekt geben wird, und es letztlich zu keiner Stärkung des Sozialbereiches kommt.

Dann der Bereich Integration: Hier wird von 2013 10.000,- Euro auf 5.000,- Euro herunterbudgetiert.

Oder der Bereich Jugendbetreuung: Da ist man nach wie vor nicht bereit mehr Engagement zu zeigen und so werden weder die Betreuungszeiten im Jugendzentrum, noch die der Streetworker erhöht und über Konzepte in Punkto Schulsozialarbeit wird weiterhin nicht nachgedacht. Obwohl das an sich 2012 eine Grundidee der SPÖ war, die aber wie es scheint in Vergessenheit geraten ist. Bedauerlicherweise.

Zu all den bisher genannten Versäumnissen kommt dann auch noch der, dass es wie in den letzten Jahren keine Bemühungen gibt, für eine Stärkung und Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Gänserndorf zu sorgen. Weder was die Gestaltung eines Zentrums anlangt noch belebende Maßnahmen für die Bahnstraße, um damit zur Standortsicherung der örtlichen Wirtschaft beizutragen.

Interessant ist, dass in den vergangenen Monaten die Ergebnisse von 2 BürgerInnenbefragungen öffentlichkeitswirksam präsentiert wurden.

Beide Befragungen zeigten übereinstimmend eklatante Mängel in den Bereichen öffentliche Verkehrsanbindung, Zentrumsgestaltung sowie betreffend des mangelnden Angebots für Jugendbetreuung auf. Bei den Befragungen wurden teilweise sehr detailliert die Mängel in Hinblick auf ein attraktives Bussystem, ein sicheres und geschlossenes Radwegenetz sowie eine Zentrumsgestaltung herausgearbeitet. In all den genannten Bereichen passiert nichts.

Und was ist dahingehend für 2014 geplant? Es werden zwar Budgetmittel ausgewiesen, um weitere Studien in Punkto Stadtplanung und Verkehrsplanung (um jeweils 100.000,- Euro) in Auftrag zu geben, aber wo bleiben Budgetmittel, um Dinge umzusetzen, die schon in den heurigen Studien und Befragungen der Bevölkerung bemängelt wurden?

Von diesen ist im gesamten Budgetentwurf nichts zu sehen und auch im mittelfristigen Finanzplan für die kommenden Jahre nicht.

Jetzt noch ein paar Worte zum mittelfristigen Finanzplan und dahingehend der entsprechende Leitsatz des Rechnungshofes;

Die mittelfristigen Planungen sollten aufgrund möglichst realistischer Prognosen der finanziellen Lage erstellt werden. Künftige Einnahmen und Ausgaben sollten daher nicht an ein gewünschtes Ergebnis (insbesondere das im Stabilitätspakt vereinbarte Maastricht-Ergebnis) angepasst, sondern unabhängig davon berechnet werden.

Und jetzt sehen wir uns doch den mittelfristigen Finanzplan im Detail an; für 2014 wird hier ein Negativergebnis von 3,072 Mio ausgewiesen.

für 2015 ein Negativergebnis von 2,161 Mio (was an sich schon eine Konsolidierung sein wird, die hinterfragenswert ist).

Aber dann wird von 2015 auf 2016 wie von Zauberhand unerklärliches passieren, denn 2016 scheint dann plötzlich ein Positivergebnis auf.

Eine Erklärung wäre wünschenswert!

Und damit komme ich jetzt auch schon zum Ende;

Anstatt eines sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Budget, liegt uns ein alles andere als zukunftsorientiertes, sondern vielmehr rückwärtsgewandtes Budget vor, dem wir nicht zustimmen werden.

Herr GR. Wolfgang Halwachs gibt folgende Stellungnahme seitens der ÖVP Gänserndorf ab:

Die Mitglieder der ÖVP-Fraktion haben dem Voranschlag für das Budget 2014, wie jedes Jahr ein besonderes Augenmerk geschenkt. Dabei wurde festgestellt, dass aus unserer Sicht Budgetmittel teilweise in nicht nachvollziehbarer Höhe eingeplant, beziehungsweise die Gewichtung bestimmter Vorhaben nicht den tatsächlichen Anforderungen entsprechen.

Es gab zwar Individualgespräche mit den Ressortverantwortlichen, aber nach Ansicht der ÖVP wäre eine sogenannte große Runde mit einer ressortübergreifenden Diskussion und einer mittelfristigen Finanzplanung zusätzlich zielführend gewesen. Man hätte damit sicherlich gewisse Budgetposten entsprechend anpassen können.

Es freut uns aber, dass die langjährige Forderung der ÖVP nach einem Stadtplanungs- und Verkehrskonzept für Gänserndorf in diesem Budget berücksichtigt wurde. Etwas spät, aber doch. Und besser jetzt, als nie.

Es gibt die Budgetposten „Verkehrsplanung“ und „Stadtplanung“, beide sind mit je 100.000 Euro veranschlagt. Für die ÖVP sind diese beiden Punkte aber untrennbar mit einander verbunden und sollten daher unter dem Punkt „Stadt- und Verkehrsplanung“ zusammengeführt werden. Auch die Höhe der Budgetmittel scheinen nicht der Realität zu entsprechen, die insgesamt 200.000 Euro sind einfach zu hoch angesetzt.

Auf der anderen Seite hätte man, wenn diese Budgetmittel angepasst geplant worden wären, unter anderem in den Kindergärten das eine oder andere leicht ermöglichen können. So ist es peinlicherweise in diesem Budget zum Beispiel nicht möglich im Kindergarten Kunterbunt in jeder Gruppe je ein Fenster mit einem Fliegengitter versehen und für die Abdunkelung des Turnsaals Vorkehrungen zu treffen, oder im Mobikindergarten, der in einem Container untergebracht ist, für je 600 Euro Holzbänke und einen Sandspieltisch anzuschaffen. Diese Wünsche der Kindergartenleiterinnen finden im Budget leider keinen Platz. Dies schmerzt insofern besonders, da Kinder unsere Zukunft sind und wir alles daran setzen sollten ihnen die Kindheit so optimal wie möglich zu gestalten.

Wir können auch einen Blick nach Gänserndorf-Süd werfen, wo um 23.200 Euro eine Hundeauslaufzone errichtet werden soll. Hier stellt sich erstens die Frage ob eine solche Hundeauslaufzone überhaupt notwendig ist, und zweitens ist es bedenklich dass für die Instandhaltung aller Gänserndorfer Kinderspielplätze ein weit geringerer Betrag eingeplant ist! Das ist uns entschieden zu wenig. Außerdem gibt es jenseits der Protteser- beziehungsweise Hauptstraße keinen einzigen Spielplatz. In diesem Stadtteil, leben jetzt schon viele jungen Familien mit Kindern, und werden künftig noch mehr wohnen. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen hier im Sinne der Familien auch in diesem Stadtteil einen attraktiven Kinderspielplatz zu errichten.

Es sind auch noch immer nicht alle Bushaltestellen mit einem Wartehäuschen versehen, was wiederum bedeutet, dass unter anderem Schulkinder jeder Witterung ausgesetzt sind. Im jetzigen Budget sind für die Errichtung aber keine Mittel vorgesehen.

In der Volksschule wurde die Rahmensumme für Lehrmittel von beantragten 10.000 auf 5.000 Euro gekürzt. Außerdem wird angedacht, die Volksschule mit Videoüberwachung zu versehen. In diesem Zusammenhang würde mich von Stadtrat Krichbaumer interessieren, ob die rechtlichen Voraussetzungen dafür vor der Beantragung im Budget geprüft wurden.

Ein weiteres Thema ist die Sozial-Card. Für 2014 sind wieder 35.000 Euro veranschlagt. Die Budgetmittel für 2013 wurden aber in dieser Höhe bei weitem nicht benötigt - lediglich rund 1.000 Euro.

Wäre es nicht sinnvoller gewesen davon Budgetmittel für die Projektierung eines SOMA-Marktes einzuplanen. Die FPÖ trommelt in allen möglichen Aussendungen immer wieder, dass sie sich für einen solchen Markt einsetzen werden, aber Finanzmittel dafür kann ich beim besten Willen im Budget 2014 nicht finden, obwohl das zuständige Ressort von der FPÖ geleitet wird.

Auch beim Punkt Adventmarkt sollte über eine Neugestaltung nachgedacht werden. Ich möchte mich an dieser Stelle recht herzlich bei den engagierten Gemeindebediensteten bedanken, die die Abhaltung dieses Marktes ermöglichten. Heuer hielt sich die Anzahl der Besucher in einem mehr als überschaubaren Rahmen. Für das Jahr 2014 von Haus aus 10.000 Euro einzuplanen, ohne über eine Neugestaltung nachzudenken, ist sicher nicht der richtige Weg. Die Mitglieder der ÖVP-Fraktion sind im entsprechenden Ausschuss gerne bereit ihre Ideen einzubringen, um diesen Adventmarkt zu attraktiveren.

Mit den Budgetmittel für die Stadthalle kann gerade der laufende Betrieb aufrechterhalten werden. Eine längst notwendige Sanierung der Garderoben, ist damit weiterhin nicht machbar.

Für die Stadtkernbelebung gibt es keine Budgetmittel. Es konnte auch kein Budgetposten gefunden werden um die Stadt barrierefrei zu gestalten.

Auch ein dritter Arbeiter für den Wald ist nicht budgetiert.

Und dann der Stadtbus: Im Juli 29 harten, im August 32 und September bis November durchschnittlich 90 Fahrten pro Monat. Es ist mehr als notwendig den Stadtbus zu attraktiveren, damit er auch von der Bevölkerung angenommen wird.

Abschließend noch einige Worte zur Nachtstreife. Das vorliegende Protokoll von Jänner bis September enthält rund 10 Einträge. Man fragt sich, was der oder die Bedienstete der Nachtstreife die restliche Zeit getan hat, insbesondere im Hinblick auf die hohen Budgetkosten, die damit verbunden sind.

Da die ÖVP-Gänserndorf aber positiv und konstruktiv in das Jahr 2014 blickt, werden wir dennoch diesem Budget zustimmen. Wir sind zuversichtlich, dass mit etwas gutem Willen unsere Einwände im Nachtragsbudget berücksichtigt werden. Denn nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir das Beste für die Gänserndorfer Bürgerinnen und Bürger umsetzen. Ein anschaulicher Beweis für unsere Engagement und den Willen für die Stadt zu arbeiten, ist die Tatsache, dass es Stadtrat Rene Lobner kürzlich im Interesse der Gemeinde gelungen ist, in einem Gespräch mit Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll weitere 200.000 Euro an BZ-Mittel für Straßensanierungen zu lukrieren.

Nach den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen ergibt sich folgende Diskussion:

StR. Christian Worlicek: Stellt grundsätzlich fest, dass der Voranschlag eine Willenskundgebung ist und dass es bei der Erstellung der 1. bzw. 2. Nachtragsvoranschlag noch Änderungen, wenn diese notwendig sind, möglich sind. Für die Integration wurden Mittel zur Verfügung gestellt. Die bereits durchgeführten Befragungen werden bei der Zentrumsbefragung in das Konzept einfließen. Vom Betrag her ist vielleicht eine zu hohe Summe eingesetzt worden, dies kann aber jederzeit beim 1. Nachtragsvoranschlag verändert werden. Beim Citybus besteht eine vertragliche Bindung auf vier Jahre. Für die Stadtstreife wurden ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt.

GR. Margot Linke: Der Stadtbus ist im VOR integriert. Hier sollte danach getrachtet werden, dass die Fahrpläne im VOR-System ersichtlich sind. Im letzten Jahr wurde eine Tarifumstellung in der Bücherei durchgeführt. Stellt die Frage, wie sich diese Umstellung ausgewirkt hat. Das Nullsummenspiel beim mittelfristigen Finanzplan im Jahr 2016 scheint unrealistisch.

StR. Franz Weindl: Seitens der ÖVP und der GRÜNEN wurde der Voranschlag 2014 stark kritisiert. Stellt fest, dass in einem Artikel in der Kommunalwirtschaft Gänserndorf an 13. Stelle aufscheint. Dies ist sicher ein guter Wert.

Vizebgmst. Josef Daubeck: Bezüglich des Stadtbusses wird festgehalten, dass es seitens der ÖVP vor Jahren einen Antrag auf Einführung eines zusätzlichen Busses nach Gänserndorf Süd gegeben hat. Dieser Bus wurde dann ein halbes Jahr geführt und danach sofort wieder eingestellt. Hat nur Kosten verursacht. Jetzt wurde dieser Status wieder eingeführt. Außerdem wurde ja auch das Jugendticket installiert. Im Oktober waren 92 Fahrten und im November waren 90 Fahrten mit dem Stadtbus.

StR. Rene Lobner: Ist der Ansicht, dass die Anzahl der Fahrten auf niedrigem Niveau sind.

Vizebgmst. Josef Daubeck: Der Stadtbus ist erst seit 6 Monaten in Betrieb. Die Fahrten steigern sich kontinuierlich. Wenn man die Kosten betrachtet, so fallen für ein halbes Jahr ca. € 12.000,-- an. Es wird auf jeden Fall nach einem Jahr eine Evaluierung stattfinden. Sollte sich herausstellen, dass die Zeiten geändert werden sollten, dann werden die Fahrzeiten auch geändert. Wenn der Stadtbus nach vier Jahren nicht angenommen wird, dann können wir nach dieser Zeit aufhören. Bezüglich der Nachtstreife wurde von der Firma WSD eine detaillierte Aufstellung angefordert. Weiters wurde ein Schreiben an die Firma WSD verfasst, in welchem klar definiert wurde, wie dieser Bericht auszusehen hat und dass für jedes Monat ein detaillierter Bericht zu erstellen ist.

StR. Franz Csucker: Bei der Bücherei gibt es noch keine Vergleichszahlen – die Weiterführung der Jahreskarten endete im Oktober 2013, also gibt es erst ab diesem Zeitraum Vergleichszahlen.

GR. Volker Weiss: Bedankt sich für die Aufstellung über die Schulden. Auf Grund dieser Aufstellung kann festgestellt werden, dass in Gänserndorf mehr Personen wohnen und sich die Schulden erhöhen. Die Sparsamkeit wird dadurch in Frage gestellt.

StR. Christian Worlicek: Wie bei der Übermittlung der Aufstellung festgestellt wurde, kann man die Zahlen von 2013 und 2014 nicht heranziehen, weil es hier noch keinen Rechnungsabschluss gibt. Die Erhöhung der Schulden ist unter anderem auf die Sanierung der Gemeindegewohnhäuser zurückzuführen. Diese Sanierungskosten werden aber zur Gänze über die Miete refinanziert. Daher kann man diese Schuldenerhöhung auch nicht heranziehen. Weiters ist auch eine Darlehensaufnahme für den Austausch der Straßenbeleuchtung zur Gänze in dieser Aufstellung aufgenommen. Es wird sicher ein Teil dieser Investition über Zuführungen finanziert, was ebenfalls zu einer Reduktion der Darlehensaufnahmen führen wird. Außerdem hat die Gemeinde Haftungen übernommen, welche auch als Verbindlichkeit zu sehen sind.

GR. Volker Weiss: Hat auf Grund der Aufstellung festgestellt, dass sich von 2010 bis 2012 der Schuldenstand verringert hat. Ab 2013 steigt der Schuldenstand eklatant. Weiters ist aus der Aufstellung nicht ersichtlich, was über den ordentlichen Haushalt finanziert wird.

StR. Rene Lobner: Hierüber wurde jetzt ausführlich diskutiert. Man sollte die Zahlen auf Grund des Rechnungsabschlusses 2012 durchleuchten. Stellt daher die Frage, wie die Situation auf Grund des Rechnungsabschlusses 2012 aussieht.

StR. Christian Worlicek: Heute wird über den Voranschlag 2014 beraten, hat daher die Zahlen des Rechnungsabschlusses 2012 nicht.

Bgmst. Kurt Burghardt: Ein entsprechender Bericht wird in der nächsten Gemeinderatssitzung gegeben.

StR. Rene Lobner: Man sollte die Situation der Stadtgemeinde Gänserndorf offen aussprechen. Wenn man die aushaftenden Darlehen und Haftungen zusammenzählt und die vorhandenen Rücklagen abzieht kommt man auf eine Verschuldung von ca. € 11.000.000,--. Dies ist sicher nicht so wenig. Die Stadtgemeinde Gänserndorf kann derzeit nur verwalten und hat keine langfristige Planung. Die Gemeinden Hollabrunn, Mistelbach und Deutsch-

Wagram haben in den letzten Jahren eine Stadtentwicklungsplanung durchgeführt. Bei der Gemeinde Deutsch-Wagram hat diese Planung ca. 2 Jahre gedauert. Ist der Ansicht, dass im Jahr 2014 sicher keine € 200.000,- aus diesem Titel benötigt werden. Hier ist man sehr großzügig. Andererseits ist für Kindergärten nicht alles möglich. Durch Subventionierung des außerordentlichen Haushalts sind finanzielle Ressourcen gebunden. Ist der Ansicht, dass die Förderung des Gänserndorfer Musikvereines viel zu gering veranschlagt ist. Stellt fest, dass die ÖVP-Fraktion gemeinsam mit den anderen Fraktionen für die Gänserndorfer Bevölkerung mitarbeiten möchte.

StR. Christian Worlicek: Diese Detailfragen hätten bereits vor der Budgeterstellung ausdiskutiert werden sollen. Es hätte ja auch noch einen gemeinsamen Termin mit den Stadträten geben hätte sollen. Dieser Termin wurde aber einstimmig abgesetzt bzw. nicht wahrgenommen.

StR. Rene Lobner: Es sind viele Fragen offen. Findet es weiters fragwürdig, dass gewünschte „Pimperlträge“ herausgestrichen wurden. Im Gegenzug ist man bei der Budgeterstellung bei anderen Positionen sehr großzügig. Er hat mit dem Landeshauptmann über eine zusätzliche Förderung für den Straßenbau im Jahr 2013 aus den Bedarfszuweisungsmittel gesprochen. Auf Grund dieser Intervention wurden für das heurige Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von € 200.000,- zugesagt. In diesem Ressort ist ein Misserfolg in den letzten 20 Jahren zu erkennen.

Vizebgmst. Josef Daubeck: Weiss nicht, ob die Stadtgemeinde Gänserndorf nicht € 300.000,- anstatt der € 200.000,- erhalten hätte, wenn Herr StR. Rene Lobner nicht vorgeprochen hätte.

StR. Franz Csucker: Ist der Ansicht, dass bei der Voranschlagserstellung alles Hand und Fuß hat. Es ist ihm aber klar, dass nicht alle zustimmen werden. Findet es als gutes Zeichen, dass die ÖVP und die FPÖ die Absicht haben, dem vorliegenden Voranschlag zuzustimmen.

Der Antrag wird mit 30 Stimmen und 3 Stimmen (GRÜNE, Gegenstimme – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Kramer, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 12: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Erweiterung Kläranlage“ ein Darlehen in Höhe von € 400.000,00 bei der Bank Austria zu einem variablen Zinssatz (Laufzeit: 10 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, klm/360) mit einem Aufschlag von 0,78 % auf den 6-Monats-Euribor aufgenommen werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, warum bei dieser Darlehensaufnahme der variable Zinssatz genommen werden soll. Bei den letzten Darlehensaufnahmen wurde immer der fixe Zinssatz bevorzugt. Auch hier ist der fixe Zinssatz auf 10 Jahre nur um 1,1 % höher als der variable Zinssatz. Herr Stadtrat Christian Worlicek gibt hierzu bekannt, dass sich der Finanzausschuss bei diesem Darlehen für den variablen Zinssatz ausgesprochen hat. Wenn man den Unterschied zwischen variablen und fixen Zinssatz betrachtet, kann man auch sagen, dass der Fixe Zinssatz um 100 % höher ist als der variable Zinssatz. Außerdem soll die Tilgung

in Kapitalraten erfolgen und bei einem variablen Zinssatz besteht auch die Kündigungsmöglichkeit des Darlehens ohne Pönalezahlung.

Der Antrag wird mit 30 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Gegenstimme – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 13: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) der Schulgemeinschaft des Konrad Lorenz Gymnasiums Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 08. November 2013 für die Abhaltung des Schulballs am 17. Jänner 2014 ein 30 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete, gewährt wird. Der Nachlass wird bei Zugrundelegung der Angaben der Rechnung für den Ball 2013 € 814,13 exkl. MwSt. betragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Vock

- b) der Schulgemeinschaft der Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 28. Oktober 2013 für die Abhaltung des Schulballs am 24. Jänner 2014 ein 30 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll. Der Nachlass wird bei Zugrundelegung der Angaben der Rechnung für den Ball 2013 € 1.113,25 exkl. MwSt. betragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Vock

- c) dem SV OMV VB Gymnastics auf Grund des Ansuchens vom 25.11.2013 für die Veranstaltung am 07.12.2013 „Gymnastics Turngala“ ein 30 %-iger Nachlass auf die Miete der Stadthalle gewährt wird. Der Nachlass wird bei Zugrundelegung der Angaben von der Rechnung für die Gala 2012 € 289,36 exkl. MwSt. betragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Vock

- d) nachfolgend angeführten Vereinen für das Jahr 2014 die Basissubvention genehmigt bzw. ausbezahlt werden soll:

Sonstige Vereine:

DJ Musikverein Bass Village	€	100,--
Katholische Männerbewegung	€	100,--
NÖ.Herzverband, Bezirksgruppe Gänserndorf	€	100,--

Kneipp-Bund, Aktiv-Club Gänserndorf	€	100,--
EKIZ (Eltern-Kind-Zentrum) Gänserndorf	€	100,--
Capbella-Canta – Chorgruppe Gänserndorf	€	900,--
Erster Gänserndorf Musikverein	€	1.400,--
Philharmonie Marchfeld	€	<u>1.400,--</u>
Summe	€	4.200,--

Sportvereine:

Schützenverein Gänserndorf	€	100,--
FC OMV Gänserndorf Süd	€	7.000,--
SV OMV Gänserndorf	€	15.000,--
Sport-UNION Gänserndorf	€	<u>13.100,--</u>
Summe	€	35.200,--

Gesamtsumme € **39.400,--**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

- e) der UNION Raiffeisenbank Gänserndorf auf Grund des Schreibens vom 24. Oktober 2013 bzw. der auslaufenden Vereinbarung (Ablauf 31. Juli 2013) für die anfallenden Hallenstunden von August bis Dezember 2013 eine einmalige außerordentliche Subvention in Höhe von € 6.000,-- gewährt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

- f) dem Verein LEADER Region Marchfeld auf Grund des Ansuchens vom 4. Dezember 2013 für die Veranstaltung „Demographie Check Region Marchfeld“ ein 50 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll. Der Nachlass wird bei Zugrundelegung des beiliegenden Angebotes der Stadtgemeinde Gänserndorf € 330,45 exklusive USt. betragen.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass dieses Ansuchen nur ohne Präjudiz in dieser Form beschlossen werden soll.

Der Antrag wird inklusive der Feststellung von Herrn GR. Volker Weiss einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Vock

Punkt 14: Herr Stadtrat Walter Krichbaumer stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gesamtkosten für die Adaptierungsarbeiten des Kindergartens MOBI, Hafergrubenweg 5 in der Höhe von

€ 98.551,64 inkl. USt.

(siehe vorliegende Zusammenstellung)

und die Gesamtkosten für den Neubau des Kinderhauses, Hafergrubenweg 5a in der Höhe von

€ 254.245,72 inkl. USt.

(siehe vorliegende Zusammenstellung)

zur Kenntnis genommen werden.

Die vorgesehenen Kosten für den Kindergarten MOBI betragen **€ 70.505,99,-- inkl. USt.** und wurden somit um **€ 28.045,65,-- inkl. USt.** überschritten (siehe beiliegende Stellungnahme Architekt).

Die vorgesehenen Kosten für das Kinderhaus Gänserndorf betragen **€ 275.380,81,-- inkl. USt.** und wurden somit um **€ 21.135,61,-- inkl. USt.** unterschritten.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 15: Herr Stadtrat Walter Krichbaumer stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund der Empfehlung des Ausschusses für Bürgerservice und Soziales der Beschluss gefasst werden soll, die Begünstigung für Sozialkartenbesitzer für die Kindergarten- und Hortvorschreibung von € 10,-- auf € 15,-- zu erhöhen.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, ob dieser Beschluss jetzt die Attraktivierung der Sozialkarte bewirken soll bzw. darstellt. Herr Stadtrat Walter Krichbaumer teilt hierzu mit, dass dies der erste Teil der Attraktivierung ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 16: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Erweiterung des Tanzparketts in der Stadthalle bei der Firma Bütéc diverse Tanzplatten lt. Angebot vom 11.11.2013 zu einem Preis von € 8.897,-- exkl. USt. angekauft werden sollen.

Die Union Gänserndorf beteiligt sich lt. Schreiben vom 4.8.2013 mit der Hälfte der Kosten und darf als Gegenleistung den Boden 3 Jahre lang (bis einschließlich 2016) kostenlos benutzen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 17: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Erweiterung des Friedhofes das Atelier für naturhahes Bauen Deubner

- a) mit der Erstellung eines Masterplanes bzw. Gesamtkonzeptes zu den Bedingungen lt. Angebot vom 23.10.2013 zu einem Honorar von € 27.407,81 inkl. USt. u.
- b) mit der Ausführungsplanung u. öffentlichen Bauaufsicht für die Erweiterung eines weiteren Gräberfeldes (Erweiterung I lt. Plan) zu den Bedingungen lt. Angebot vom 23.10.2013 zu einem Honorar von € 27.272,26 inkl. USt.

beauftragt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 18: Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass neuerlich die vorliegende Verordnung betreffend Aufhebung der Aufschließungszone A 14 (Hochwaldstraße) sowie den Schenkungsvertrag zum Erwerb des Grüngürtelbereiches, verfasst von Dr. Michael Koth, aufgrund der erfüllten Bedingungen beschlossen werden soll.

Die genaue Bepflanzung und Ausgestaltung des Grüngürtels wird gesondert vereinbart.

Der Beschluss ist nochmals erforderlich, da es eine Abänderung des Parzellierungsentwurfes gibt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 19: Herr Stadtrat Franz Weindl berichtet, dass ein Beschluss für eine Bebauungsplan- und Flächenwidmungsplanänderung notwendig ist. Der Antrag wird wie folgt lauten:

Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Verordnung zur Aufhebung der am 9.9.2013 in der Gemeinderatssitzung beschlossenen Verordnung (PZ.: GÄNS-FÄ20-11066-A bzw. GÄNS-BÄ22-11067-A sowie GÄNS-FÄ20-11066-B bzw. GÄNS-BÄ22-11067-B), sowie die Verordnungen betreffend Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes und Bebauungsplanes (PZ.: GÄNS-FÄ20-11066-C und GÄNS-BÄ22-11067-C), beschlossen werden soll.

Dieser Beschluss ist aufgrund des Gutachtens der raumordnungsfachlichen Sachverständigen erforderlich.

Die in diesem Gutachten angeführten Zusätze für die Änderungspunkte 1, 2, 3A und 3B wurden eingeholt bzw. werden begründet (siehe Beilagen).

Die Änderungspunkte 4 (Umkehrplatz Ferdinand-Weiß-Gasse) und 5 (Umwidmung von Bauland-Betriebsgebiet in Bauland-Kerngebiet an der Wiener Straße – Neckam) werden jedoch mit dieser Verordnung nicht beschlossen.

Während der Auflagefrist zur Einsichtnahme des Änderungsverfahrens wurden insgesamt 11 Stellungnahmen betreffend der nun zu beschließenden Änderungspunkte abgegeben (siehe Beilagen):

Es wurden insgesamt 11 Stellungnahmen dazu abgegeben (siehe Beilagen):

1. (Ing. Christoph Brandhuber, Ing. Roman Wendt, Werner Weindl, Ernst Reckendorfer, Josef Scharmitzer, Franz Schönner):
2. (Günter Schweinberger):
3. (Maria Simmlinger):
4. (Dieter Würll):
5. (Josef Scharmitzer):
6. (Ernst Reckendorfer):
7. (Hartwig Kirner mit Vollmacht für Gerfried Kirner):
8. (Lorenz Wendt für die Wendt Immobilien Ges.m.b.H.):
9. (Franz Weindl sen.):
10. (Leopold Prager, Gerhard Weiser, Günther Weiser, Wilhelm Weiser):
11. (Rechtsanwalt Mag. Peter Abmayer für Ing. Werner Buchmann):

Den vorliegenden Empfehlungen des DI Siegl betreffend der Stellungnahmen soll entsprochen werden.

Die beanstandeten Punkte (ausgenommen Punkt 4 und 5) im Gutachten werden wie folgt begründet:

*** Punkt 1: "BI"-NEUWIDMUNG IM "INDUSTRIEGEBIET-NORD":**

In der Stellungnahme der Abteilung Hydrologie und Geoinformation der NÖ Landesregierung vom 28.10.2013 (GZ: BD3-G-4968/001-2012) wird im Hinblick auf die geplante Widmungsänderung angeführt, dass

- bei einer Bebauung auf den Grundwasserspiegel bzw. auf eine mögliche Staunässe Rücksicht zu nehmen ist
- ein mögliches vorhandenes landwirtschaftliches Drainagesystem zu erheben und erhalten wäre
- bei Versickerung von Dach- und Oberflächenwasser im gegenständlichen Areal die Sickerfähigkeit durch Fachkundige nachzuweisen wäre und dem Stand der Technik entsprechende Vorreinigungsmaßnahmen zu treffen wären.

Weiters wird festgestellt, dass sich der geplante Änderungsbereich zwar im nördlichen Randbereich der ministeriellen wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung Marchfeld befindet (BGBL.32/1964), aber im Umfeld keine Trinkwasserbrunnen bestehen und eine Beeinträchtigung der im Umfeld bestehenden landwirtschaftlichen Beregnungsbrunnen bzw. weiterer Wasserrechte nicht zu erwarten sei. Im nördlichen Bereich der gegenständlichen Fläche besteht ein nur zeitweise wasserführender Abzugsgraben.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass aus grundwasserhydrologischer Sicht grundsätzlich kein Einwand gegen die geplante Umwidmung besteht.

*** Punkt 2B: "BI"-NEUWIDMUNG IM "INDUSTRIEGEBIET-NORD":**

In der Stellungnahme der Abteilung Hydrologie und Geoinformation der NÖ Landesregierung (GZ: BD3-G-4968/001-2012) vom 04.09.2012 wird u.a. festgestellt, dass zwar die Errichtung eines Friedhofes innerhalb einer sogenannten "365 Tage Zone" grundsätzlich nicht dem Stand der Technik entspricht, aufgrund des jahrelangen Bestehens eines Friedhofes und Brunnenfeldes im gegenständlichen Bereich eine Ausnahme jedoch grundsätzlich denkbar ist. Dies vor allem weil bisherige Untersuchungen keine Beeinträchtigungen des Brunnenwassers ergeben haben, eine Trinkwasseraufbereitungsanlage bereits in Betrieb und die Erweiterungsfläche an der zum Brunnenfeld abgewandten Seite vorgesehen ist.

Es wird weiters angeführt, dass im Hinblick auf die längerfristige Planung ein weiteres Brunnenfeld zu erschließen bzw. aufgrund des bestehenden Anschlusses an die EVN-Wasserversorgung eine ausreichende Versorgungssicherheit gegeben ist und damit aus grundwasserhydrologischer Sicht kein grundsätzlicher Einwand gegen die geplante Friedhofserweiterung besteht.

***Punkt 3B: KONZEPTIONELLE NEUGESTALTUNG VON GROSSFLÄCHIGEN WOHNBAULANDRESERVEN GÄNSERNDORF-SÜD (EICHENGASSE):**

Dem im "Erläuterungsbericht" beigelegten Parzellierungsvorschlag für die Neugestaltung einer Wohnbaulandreservefläche in Gänserndorf-Süd ist zu entnehmen, dass auch in diesem Konzept auf eine hohe Lebensqualität durch eine Verkehrsberuhigung aufgrund versetzten Straßenverlaufs, eine platzartige Erweiterung sowie durch Rücksichtnahme auf den Nichtmotorisierten-Individualverkehr (fußläufige Verbindungen) geachtet wurde. Es ist in diesem Bereich keine verdichtete Wohnbebauung vorgesehen. Der nächstgelegene Spielplatz befindet sich im Bereich der Emmauskirche.

Aufgrund des nicht vorgesehenen verdichteten Wohnbaus spielt die Ausstattung durch Spielplätze oder anderer öffentlicher Freiräume für Vorschul- bzw. Volksschulkinder im Vergleich zu Änderungspunkt 3A eine eher untergeordnete Rolle, sodass auch beim gegenständlichen Änderungspunkt eine ausreichende Versorgung durch Spielplätze oder Freiräume für vorschul- bzw. volksschulpflichtige Kinder aus raumplanerischer Sicht bei Einhaltung aller Vorschriften daher gegeben erscheint.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Ende der Sitzung: 20,55 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: